

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD

>> NÜRNBERG HAT EINEN
„DR. PETER SCHÖNLEIN PLATZ“

>> AUS DEM BUNDESTAG

Was bringt die
Ampel?



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Olaf Scholz ist mit großen Schritten unterwegs Richtung Kanzleramt. Das sind gute Nachrichten – für die SPD als auch für unser Land!

Nach einem Wahlkampf, in dem die SPD nicht nur mit klaren inhaltlichen Botschaften glänzte, sondern vor allem mit Geschlossenheit, waren auch die Sondierungen bemerkenswert. Die drei Parteien sind sich ihrer Verantwortung bewusst, verzichten auf parteipolitisches Geplänkel und fokussieren sich auf das Entscheidende: einen Modernisierungsplan für Deutschland.

Schon jetzt ist klar: auch Nürnberg wird stark von der sozialdemokratischen Handschrift in der Ampelkoalition profitieren. Mindestlohn, Kindergrundsicherung und beherzter Klimaschutz: für eine Stadt, die so stark vom Strukturwandel betroffen ist, in der es leider immer noch ein hohes Armutsrisiko und Kinderarmut gibt, sind das gute Nachrichten. Und in einer so dicht bebauten und wachsenden Stadt ist die Klimakrise eine soziale Frage. Mehr Investitionen in Energie- und Verkehrswende werden die Lebensqualität für alle Nürnberger verbessern.

Allen, die wie unsere Bundestagsabgeordnete, Gabriela Heinrich, in Berlin mitverhandeln, wünschen wir nun ein glückliches Händchen!

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Nasser Ahmed



BÄRBEL BAS IST NEUE BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN

Mit 576 Ja-Stimmen ist am Dienstag die sozialdemokratische Abgeordnete Bärbel Bas zur neuen Präsidentin des Deutschen Bundestages gewählt worden. Die 53-jährige folgt damit im Amt Wolfgang Schäuble, dem sie für seine „herausragende Leistung“ dankte: „Sie haben sich um unsere parlamentarische Demokratie verdient gemacht.“

Die 53-jährige Bas ist in Duisburg geboren und ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als ausgebildete Krankenkassenbetriebswirtin hat sie sich insbesondere für Gesundheitsthemen stark gemacht, aber auch für Bildungs-, Renten-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Breite Erfahrung hat sie ebenso aus der Kommunalpolitik wie auch >>

aus dem Bundestag, wo sie unter anderem bis 2019 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion war und zuletzt stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Renger, Süßmuth, Bas

In ihrer Antrittsansprache bezeichnete Bas es als wenig „ruhmreich“, dass mit ihr erst die dritte Frau dem Parlament vorsitzt. Vor ihr bekleideten das Amt die Sozialdemokratin Annemarie Renger (1972 bis 1976) und die Christdemokratin Rita Süßmuth (1988 bis 1998), die auf der Besuchertribüne die konstituierende Sitzung verfolgte. Mehr Frauen in der Politik und insbesondere auch in hohen Staatsämtern. Dafür will sich Bas stark machen

20. Bundestag: jung und vielfältig

„Dieses Parlament ist besonders“, sagte Bas mit Blick auf besonders viele junge Abgeordnete – und viele mit besonderer Herkunftsgeschichte. Die unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründe seien ein Gewinn für die Politik. So ist etwa das Durchschnittsalter mit gut 47 Jahren gesunken. Neben den Grünen ist es vor allem die SPD-Fraktion, die viele junge Frauen und Männer ins Parlament schickt. Allein 72 von 206 sozialdemokratischen Abgeordneten sind nur 40 Jahre alt oder jünger – und 33 haben eine Zuwanderungsgeschichte.

Bas forderte auch „ein Parlament, dass die Politik hinausträgt“, mehr Nähe zu den Menschen, die es vertritt. Und das fängt schon mit einer klaren Sprache an: „Politik ist nur dann gut, wenn sie verständlich ist.“ Die Bürgerinnen und Bürger lud sie ein, „gemeinsam mit uns an unserer Demokratie zu arbeiten“.

„Hass ist keine Meinung“

Stark machen will sich die neue Bundestagspräsidentin auch für mehr Respekt – „für und von den Bürgerinnen und Bürgern“. Aber auch im gegenseitigen Umgang der Fraktionen und Abgeordneten untereinander. Vor Angriffen will sie das Parlament schützen und die Demokratie verteidigen. Das schließt leidenschaftlichen Streit um die Sache oder über den richtigen Weg natürlich nicht aus. Aber: „Hass und Hetze ist keine Meinung!“

„Jetzt aber wirklich!“

Auch eine wichtige Hausaufgabe für die neue Wahlperiode gab Bas bereits den Fraktionen des Deutschen Bundestages auf – und schloss sich damit dem Appell ihres Vorgängers an. Ein neues verfassungsfestes Wahlrecht soll die weitere Vergrößerung des Bundestages in Zukunft verhindern: „Jetzt aber wirklich!“, forderte die Bundestagspräsidentin.



„WEG VON STUNDENLANGEN SITZUNGEN BIS IN DIE NACHT“

KERSTIN GARDILL IM GESPRÄCH MIT NILS GENZ

Besser kann es gar nicht laufen für einen Ortsverein, der auf der Suche nach einem neuen Vorsitz ist. Denn nicht immer gestaltet sich so ein Übergang einfach, braucht es doch viel Zeit und Engagement, um einen Ortsverein zu führen. Oftmals ist es gerade für die Jüngeren unter uns, für Familienmütter und -väter, aber auch für Berufstätige gar nicht so leicht zu vereinbaren: Eine Funktion in der Partei mit Familie, oder Studium, oder Beruf.

Grund für die schwierige Vereinbarkeit ist häufig die Tatsache, dass die meisten Termine abends stattfinden und nicht selten bis tief in die Nacht andauern. Doch das alles schreckte ihn nicht ab – unseren jüngsten OV-Vorsitzenden: Nils Genz. Im September übernahm der erst 18-Jährige den Ortsverein Gebersdorf-Großreuth und folgte damit dem langjährigen und sehr verdienten Roman Wenzel. „Ich wollte es einfach von mir selbst heraus“, antwortete Genz, als ich ihn nach seiner Motivation fragte. Beeindruckt habe ihn schon immer der fortwährende Kampf gegen Rechts und die Tatsache, dass die Sozialdemokrat*innen die einzigen gewesen sind, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Außerdem könne eine Gesellschaft, so Nils Genz weiter, niemals ohne soziale Gerechtigkeit gut und friedlich zusammenleben. Beim Thema Klimawandel betont er, dass auch dieser sozial verträglich gestaltet werden muss und nicht nur für Besserverdienende leistbar sein kann und darf.

Genz, der schon mit 15 Jahren in die SPD eingetreten ist – vor allem wegen Leuten wie Kevin Kühnert – sagt, er möchte in seiner Rolle als Vorsitzender versuchen, Hürden abzubauen. Oftmals ist es fast schon abschreckend, wenn

sich die Ortsvereine abends irgendwo in einem Hinterzimmer treffen. „Deswegen möchte ich unter anderem auch Aktiventreffen anbieten, damit wir uns in entspannter Atmosphäre austauschen können.“ Wichtig ist ihm auch, dass Sitzungen hybrid angeboten werden: „Für viele sind lange Abendtermine schwierig zu vereinbaren mit ihrer privaten und/ oder beruflichen Situation. Zuschalten kann man sich aber meistens leichter – auch so können wir Hürden abbauen“, davon ist Nils Genz überzeugt. Kommunizieren können wir zusätzlich auch über andere Kanäle, meint Genz. Das Rote Netz sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber ein App wäre natürlich noch wesentlich bedienungsfreundlicher und weniger kompliziert. Mit Push-Benachrichtigungen könnte man sich auch gegenseitig über die neuesten Entwicklungen auf dem Laufenden halten oder auch Best-Practice-Beispiele diskutieren.

Genz, der gerade in Nürnberg sein Studium der Sozialökonomie aufgenommen hat, will sich selbstverständlich weiter bei den Jusos engagieren und fühlt sich, wie er selbst sagt, sehr wohl und aufgehoben bei uns in der SPD Nürnberg.

Ich bin mir nach unserem Gespräch sehr sicher, dass Nils mit seiner Begeisterung und seinem Einsatz einige junge Menschen dazu motivieren wird sich die „alte Tante“ SPD etwas näher anzuschauen.

Eine SPD, die sich auf den Weg macht, ihre Strukturen zu öffnen.

Nochmals herzlichen Glückwunsch zur Wahl, lieber Nils!

Von ULRICH BLASCHKE, Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion in der Opernhaus-Kommission, und CHRISTINE KAYSER, Stadtplanungspolitische Sprecherin

Eines vorab: An eine Milliarde für das Opernhaus ist nie gedacht worden, jedenfalls nicht in der SPD-Fraktion. Und dennoch beherrschte dieses fiktive Preisschild viele Artikel und Wortmeldungen in den Tagen rund um die Sitzung der Opernhaus-Kommission des Stadtrats. Die Kommission hat am 22. Oktober wichtige Empfehlungen beschlossen, die Letztentscheidung liegt beim Stadtrat. Zeit für einen Zwischenbericht aus Sicht der SPD-Fraktion.

Ja, die Zeit drängt. Vor allem bei der Suche nach einem Interim für das Opernhaus, denn dort gehen die Bühnenscheinwerfer 2025 endgültig aus. Die Zeit drängt – das befreit aber nicht von der Pflicht zu Diskussion und Transparenz im Vorfeld. Dass die Opernhaus-Kommission jetzt sehr tiefgehend diskutieren konnte, ist schon für sich ein SPD-Erfolg. Seit dem Frühsommer haben wir konsequent eine stärkere Beteiligung des Rates eingefordert. An nächster Stelle muss die Diskussion mit der Bürgerschaft folgen und die Entscheidung des Stadtrates mit möglichst harten Fakten vorbereitet werden. Die Opernhaus-Kommission hat der Verwaltung dazu umfassende Arbeitsschritte mit auf den Weg gegeben, insbesondere aufgrund eines Antrags der SPD.

Was ist der aktuelle Diskussionsstand in der Opernhaus-Kommission?

Das Staatstheater bleibt langfristig im Opernhaus am Richard-Wagner-Platz.

Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat, das Opernhaus zu sanieren und keinen anderen Standort zu suchen. Diese Empfehlung ist richtig, stand für uns aber nie in Frage. Denn es gibt keinen anderen zentralen geeigneten Ort in

SPD-HANDSCHRIFT IN DER OPERNHAUSKOMMISSION

der Stadt, wir wollen den Betriebsverbund mit dem Schauspielhaus beibehalten und das Opernhaus soll auch nicht leer stehen. Wir wollen die städtebaulichen Chancen einer neuen Verbindung von Süd- und Altstadt nutzen. Auf unseren Antrag noch einmal deutlich festgeschrieben: Der Freistaat soll sich maximal an der Finanzierung der Sanierung beteiligen.

Das Opernhaus braucht eine Heimat auf Zeit.

Nicht nur eine Bühne und Zuschauerplätze brauchen für ca. 10 Jahre eine neue Bleibe, sondern ein ganzer Theaterbetrieb mit 650 Mitarbeitenden, Proberäumen, Werkstätten und vielem mehr. Dafür gibt es nun eine Betriebsbeschreibung. Diese beinhaltet Reduzierungen gegenüber dem Status Quo (weniger Plätze, weniger Aufführungen, weniger Quadratmeter insgesamt). Auf unseren Antrag hin noch ergänzt: Wenn einzelne Nutzungen separat wirtschaftlicher untergebracht werden können als im Interim, sollte dies zur weiteren Kostenreduzierung genutzt werden.

Wohin kommt das Interim?

Diese Frage hat die Kommission bewusst noch offen gelassen. Die Auswahl betrifft nicht nur einen Ort, sondern auch ein Modell: Soll ein privat errichtetes Operninterim angemietet werden (z.B. Schöllner-Areal) oder von der Stadt selbst errichtet werden? Hier steht vor allem die Kongresshalle in der Diskussion. Uns als SPD-Fraktion ist vor der Entscheidung wichtig:

> **Finanzen im Blick:** Wir wollen einen Kostenvergleich und klare Aussagen zur Förderkulisse in beiden Modellen. Auch hier fordern wir eine maximale Beteiligung des

Freistaats (gerade im Vergleich zu Investitionen in Kulturbauten in München). Zu den Finanzen gehört auch die Nachhaltigkeit der städtischen Investition: Was bleibt davon nach einem Rückzug des Theaters an den Richard-Wagner-Platz?

> **Diskussion vor Entscheidung:** Wir wollen vor der Entscheidung eine strukturierte Beteiligung von Bürgerschaft, Kulturschaffenden und derjenigen Organisationen, die Erinnerungsarbeit am ehemaligen Reichsparteitagsgelände leisten. Ein Ausweichquartier für das Staatstheater muss mit der Erinnerungsarbeit vereinbar sein. Dazu wünschen wir uns auch einen Debattenbeitrag des Staatstheaters, wie Theaterarbeit in der Kongresshalle aussehen kann.

> **Gedankliche Offenheit:** Wenn das Interim in die Kongresshalle kommt, wird der Großteil der Quadratmeter im vorhandenen Torsoliegen. Hier muss der Eindruck des Unfertigen erhalten bleiben. Das Gebäude für Bühne und Publikumsraum muss neu gebaut werden. Dessen Standort soll ergebnisoffen diskutiert werden, wir wollen keine Vorfestlegung auf den Innenhof ohne Alternativbetrachtung. Eine Platzierung auf der Außenseite des Torsos, die den Denkmalschutz im Blick hat, kann eine gute planerische Alternative sein, die den Innenraum unberührt lässt.

All diese von der SPD geforderten Punkte wurden in die Empfehlungen der Opernhaus-Kommission aufgenommen. Die Verwaltung wird diese Punkte jetzt abarbeiten.

DIE SPD NORDOSTBAHNHOF RÄUMT AUF!

BEI DER SPD NORDOSTBAHNHOF GILT: WIR PACKEN AN UND HELFEN MIT!



Hygiene, Sauberkeit und Ordnung liegen uns nicht nur zu Pandemiezeiten am Herzen. Unser

Ziel: Saubere Grünflächen! Respekt und Verantwortung gilt bei uns nicht nur gegenüber unse-

ren Mitmenschen, sondern auch der Natur.

Mit vielen helfenden Händen haben wir in den Parks und auf den öffentlichen jede Menge Müll eingesammelt, vor allem Zigarettenskippen, Kronkorken, Schutzmasken und Lebensmittelverpackungen. Mit Aktionen wollen wir Aufmerksamkeit schaffen, Vorbilder sein und unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen zum Mitmachen animieren.

Wir haben viel Zuspruch von unseren Nachbarinnen und Nachbarn am Nordostbahnhof bekommen, unsere Aufräumaktion werden wir definitiv wiederholen!

DIE KARL-BRÖGER-MEDAILLE FÜR GÜNTER STÖSSEL

OPEN AIR PARTY IM GOSTENHOFER WOLFGARTEN



Große Freude über die Verleihung der Karl-Bröger-Medaille v.r.n.l.: Die Laudatores Stefan Schuster MdL und Moderatorin Anja Seidel, Sängerin Sonja Tonn, Helge Reuter, Preisträger Günter Stössel, Schirmherr Thomas Grämmer, Michael Ziegler (Vorsitzender der Karl-Bröger-Gesellschaft), Alfred Emmerling (Schöpfer der Medaille), Co-Laudator Uli Glaser, Lilo Seibel-Emmerling und Gitarrist und Sänger Wulli Wullschläger.



v.r.n.l.: Die Laudatores Stefan Schuster MdL und Moderatorin Anja Seidel, Preisträger Günter Stössel, Michael Ziegler (Vorsitzender der Karl-Bröger-Gesellschaft) und Schirmherr Thomas Grämmer.

von MICHAEL ZIEGLER

Er gehört zu Nürnberg wie die Burg, oder besser das Bardentreffen. Günter Stössel hat dieses Weltmusikfestival 1976 mitbegründet und unzählige fränkische Evergreens erschaffen, die zum Nürnberger Kulturgut gehören. Mit seinem „Globetrottelrag“ begeisterte er die Massen. Günter Stössel gilt als unglaublich vielseitig. Er ist (wie man bei der Ehrung zum Frankenwürfel lesen konnte) ein Sprachverdichter, Sprachforscher und Sprachbewahrer, Spezialist für englisch-fränkischen Sprachtransfer, Sprachartist, Mundartlyriker und Dialektpoet, Barde der ersten Stunde, Liedermacher und Sänger, Kabarettist und Entertainer, Schriftsteller, Funkplauderer, sowie großer Tüftler und Erfinder vor dem

Herrn. Welcher Nürnberger Haushalt hat nicht sein »Nämberch English Spoken« im Regal? Die Auflagen der Bände haben die 100.000 überschritten. Vielen kennen vielleicht auch die Asterix auf Frängisch-Übersetzung von „Der Kampf der Häuptlinge“. Bei Stössel heißt das dann: Di Haibtling' raffm's raus. Seit vielen Jahren tourt Stössel mit seiner kongenialen Bühnenpartnerin, der Radiomoderatorin Anja Seidel. Nun feierten wir das große Lebenswerk von Günter Stössel mit der Verleihung der sechsten Karl-Bröger-Medaille.

Die Medaille, geschaffen von Alfred Emmerling, ist nach dem Nürnberger Arbeiterdichter, Journalisten und SPD-Politiker Karl Bröger benannt. Im letzten Jahr bekam die Auszeichnung das Sozialmagazin Straßenkreuzer. Die weiteren Preisträger*innen sind Fitzgerald Kusz, das Gostener Hoftheater, Prof. Dr. Hermann Glaser und Klaus Schamberger.

Die Medaille wurde gemeinsam von der Karl-Bröger-Gesellschaft mit dem Karl-Bröger-Zentrum verliehen. Die Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. Ideal, vertreten durch Helge Reuter, unterstützte als Sponsor den Abend.

Wulli & Sonja, das Liedermacherduo, hatten einen besonderen Auftritt. Zu Ehren von Günter Stössel spielen sie seine unvergesslichen Lieder. Auch die legendäre Stösselsche Song-Vorrede kommt dabei nicht zu kurz. Insider wissen Bescheid.

Das Projekt Wolfgarten gab bei bestem September-Wetter den passenden Open-Air-Rahmen für ein fröhliches Fest für Günter Stössel. Uli Glaser berichtete in seiner Rede von der tiefen Verbundenheit mit dem Bard Stössel und dessen Einfluss auf die Nürnberger Kultur. Die Hauptlaudator*innen Anja Seidel (Moderatorin, Schauspielerin und seit vielen Jahren Bühnenpartnerin von Stössel) und Stefan Schuster (MdL) erzählten über das Leben und Schaffen des Preisträgers und hatten so einige Anekdoten auf Lager. Liebevoll würdigten sie das Lebenswerk. Als Schirmherr zeigte sich Thomas Grämmer ganz besonders begeistert vom Liedermacher Günter Stössel und dessen legendärem Witz.

Bei der Medaillenübergabe durch Michael Ziegler zeigte sich Günter Stössel sehr gerührt. Und als Krönung des Abends las er gemeinsam mit Anja Seidel aus seinem genialen Werk „Max und Moritz aff frängisch“. Schee wars. Und die Brögers planen schon das Jahr 2022. Dann wird die Karl-Bröger-Gesellschaft nämlich 40 Jahre alt. Und eine neue Preisträger*in wird gesucht.

FRAUEN IN DER POLITIK

„ZEIT FÜR PARITÄT IN DER MACHT“

Auch gesellschaftliche Modernisierung haben sich SPD, Grüne und FDP vorgenommen – und ist Thema in den laufenden Koalitionsverhandlungen. Die ZEIT hat Männer in der Politik befragt, wie es um Gleichstellung und Macht bestellt ist. Olaf Scholz – und andere Sozialdemokraten – haben eine klare Meinung.

Einen „gesellschaftlichen Aufbruch auf Höhe der Zeit“ haben sich SPD, Grüne und FDP vorgenommen. Und: „Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an gesellschaftlichen Entscheidungen sowie am Erwerbsleben teilhaben können“, legten die Parteien Mitte Oktober bereits in den Sondierungen fest. Gleichstellung und Teilhabe – natürlich auch in der Politik.

Aber: Wo stehen wir heute in Deutschland? Vieles habe sich schon geändert gegenüber der Zeit als Olaf Scholz noch als Juso für die Frauenquote gekämpft hatte. Aber immer noch sei es für Frauen schwieriger in der Politik. „Sie müssen mit anderen Widerständen rechnen, mehr aushalten“, stellte der SPD-Kanzlerkandidat in der ZEIT fest.

Neun Männer, keine Frau

Tatsächlich ist etwa der Frauenanteil im neu gewählten Bundestag etwas gestiegen: von 30,7 auf 34,8% (SPD-Fraktion: 42%). Aber dennoch ist es nur etwas mehr als ein Drittel aller Abgeordneten. Und: Zwischen 2013 und 2017 waren es auch zumindest schon mal 36,5%. Manche erinnern sich auch noch an ein Foto der politischen Führung im Innenministerium von 2018: Horst Seehofer mit Staatssekretären – neun Männer, keine Frau. 2019 hatte er dann doch noch wenigstens eine Staatssekretärin in den Club aufgenommen.

Viele mächtige Männer hielten „vor allem Leute für geeignet, die ihnen selbst ähnlich sind“, so Scholz. „Das benachteiligt Frauen.“ Sein Ziel sei, dass sich mehr Frauen politisch engagieren. „Ich bin überzeugt, dass Politik, Wirtschaft, Gesellschaft davon profitieren, wenn Frauen gleich viel zu sagen haben.“

Die Zeit von „Macho-Gehabe“ ist vorbei

So sieht das auch SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil. Vor allem in seiner Generation gebe es den Wunsch nach einer anderen politischen Kultur. „Die Zeit, in der Politiker mit brachialem Auftreten oder Macho-Gehabe punkten, ist vorbei“, zeigt sich Klingbeil in der ZEIT überzeugt. Er persönlich gehe beispielsweise darum auch nicht mehr auf Podien, auf denen nur Männer vertreten sind.

Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kevin Kühnert legt viel Wert darauf, dass in der Politik mehr Frauen öffentlich wahrgenommen werden können. Kurz vor der Bundestagswahl etwa habe er die Teilnahme an einer Primetime Fernsehsendung abgesagt, um Platz für eine Frau zu machen. Denn: Wenn es nur wenige Frauen in der Politik gibt, „schadet das nicht nur der Politik, sondern auch der Gesellschaft – und längst nicht nur den Frauen“, so Kühnert.

Mehr Macht für Frauen – weniger für Männer

In der neuen Bundesregierung zumindest soll sich darum einiges ändern. Scholz will ebenso viele Frauen wie Männer im Kabinett haben. Und auch auf anderen Ebenen müsse sichtbar werden, „dass Frauen die Hälfte der Gesellschaft sind“. Das sei eine dringende Aufgabe, insbesondere auch von den Männern in der Politik. Denn für den SPD-Kanzlerkandidaten ist klar: „Mehr Macht für Frauen bedeutet weniger Macht für Männer. Es ist die Zeit für Parität auch in der Macht.“

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektur: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



NÜRNBERG HAT EINEN „DR. PETER SCHÖNLEIN PLATZ“



Dr. Peter Schönlein

von RÜDIGER LÖSTER

Am 18. Oktober wurde ein Teil des Kornmarktes in „Dr.-Peter-Schönlein-Platz“ umbenannt, in Sichtweite der vom ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Schönlein initiierten „Straße der Menschenrechte“. Nürnberg hat Dr. Peter Schönlein viel zu verdanken, mit der Platzbenennung wird das Lebenswerk des Alt-OB angemessen gewürdigt. Er hat seit den 70er Jahren und in seiner Zeit als Oberbürgermeister von 1987 bis 1996 ganz maßgeblich unsere Stadt geprägt.

Der Platz ist zudem Beginn der ebenfalls auf Initiative von Dr. Peter Schönlein gestalteten Kulturmeile, die vom Germanischen Nationalmuseum über das Neue Museum und der Kunsthalle bis zum Kraukauer Haus reicht.

Ganz in der Tradition Willy Brandts setzte Dr. Peter Schönlein auf eine Politik der Versöhnung und des Friedens. Dr. Peter Schönlein nannte in einem Interview Frieden schaffen, Völkerverständigung praktizieren und Demokratie wagen als die Antriebsfeder seines politischen Handelns. Durch das Wirken Dr. Peter Schönleins stellte sich Nürnberg seiner Geschichte als Stadt der Reichsparteitage und der Rassen Gesetze. Nürnberg wandelte sich zur Stadt der Menschenrechte.

Als Oberbürgermeister setzte er einen Meilenstein mit der Einrichtung des Nürnberger Menschenrechtspreises. Das Besondere an diesem Preis ist, dass nicht berühmte Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, sondern Aktivist*innen, die sich für die Menschenrechte einsetzen.

Gleichzeitig entstand im Rahmen des Umbaus des Germanischen Nationalmuseums die vom israelischen Künstler Dani Karavan gestaltete Straße der Menschenrechte, auf deren Säulen und Tafeln jeweils ein Auszug aus den 30 Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in deutscher und einer weiteren Sprache steht.

In der Amtszeit Dr. Peter Schönleins wurde auch das Amt für Internationale Beziehungen geschaffen und die Errichtung des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände vorangetrieben. Außerdem fielen weitreichende Entscheidungen über den U-Bahn- und S-Bahn-Ausbau, den Ausbau des Messegeländes und den Stadionausbau in seine Amtszeit.



WAS BRINGT DIE AMPEL?

von GABRIELA HEINRICH, MdB

In einem Sondierungspapier hatten SPD, Grüne und FDP sich auf wesentliche Punkte für eine mögliche Ampel-Koalition geeinigt. Die Verhandlungen für eine Fortschrittskoalition sind gestartet. Das Ziel einer Koalition jenseits der Unionsparteien rückt damit näher.

Das Sondierungspapier brachte eine Grundsatzvereinbarung bei den wichtigsten SPD-Themen. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf 12 Euro angehoben werden, das Rentenniveau wird gesichert, das Arbeitslosengeld II durch ein Bürgergeld ersetzt, die Kindergrundsicherung kommt. Respekt gerade für diejenigen, die für wenig Geld hart arbeiten, drückt sich aber nicht nur in der Mindestloohnerhöhung aus. Wir erhöhen die Midijob-Grenze auf 1.600 Euro und entlasten damit kleine Einkommen bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Grundsätzlich geeignet haben sich die Sondierer auch darauf, dass die neue Regierung die Tarifautonomie, die Tarifpartner und die Tarifbindung stärken und die Mitbestimmung weiterentwickeln will. Weiterbildung und berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten sollen gestärkt werden.

Ein Kernpunkt einer Ampel-Koalition sollen ein moderner Staat und der digitale Aufbruch sein. Die digitalpolitische Strategie der Bundesregierung soll neu aufgesetzt werden. Was uns besonders wichtig war:

Der Digitalpakt Schule mit den Milliardeninvestitionen in die digitale Ausstattung der Schulen soll fortgesetzt werden – dauerhaft. Auch die Bundesmittel für neue Kita- und Ganztagschulplätze sollen weiter fließen. Das von uns bereits erhöhte BAföG soll weiter ausgebaut werden. Und es soll im Sinne der lebenslangen Aus- und Weiterbildung durch neue Instrumente wie ein „Lebenschancen-BAföG“ ergänzt werden. Eine Ampel-Koalition kann hier letztlich an einem Strang ziehen, um Aufstiegschancen zu fördern. Denn: darüber und generell für mehr Mittel für Bildung und Forschung gibt es eine grundsätzliche Einigkeit.

Beim Thema Wohnen war es klar, dass es mit der FDP schwer wird, gemeinsam voranzukommen. Schließlich will sie die Mieten dem Markt überlassen. Vor diesem Hintergrund ist das Glas mit dem Sondierungspapier mehr als halbvoll: Zwar gibt es für unseren Vorschlag eines Mietemoratoriums keine Mehrheit. Aber: Die von uns bereits durchgesetzten Schutzmaßnahmen bleiben erhalten und unsere wesentliche Wahlkampfforderung soll umgesetzt werden: 400.000 neue Wohnungen im Jahr, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau werden fortgeführt. Alles das ist nicht selbstverständlich. Bei den letzten Jamaika-Sondierungen war davon keine Rede. Die Mietpreisbremse stand damals vor dem Aus.

Im Bereich der Steuerpolitik gab es in den Sondierungen nur begrenzten Spielraum, nachdem die FDP Steuererhöhungen ablehnt. Durch fehlende Einnahmen aus Steuererhöhungen für sehr hohe Einkommen und Vermögen lassen sich kleine und mittlere Einkommen nicht so entlasten, wie wir das gerne hätten. Klar ist: Eine Vermögenssteuer wird es in einer Koalition mit der FDP nicht geben. Einigkeit gibt es aber darüber, dass die von Olaf Scholz vorangetriebene globale Mindestbesteuerung auch von einer Ampel-Regierung unterstützt würde. Die Entlastung der Kommunen von strukturwandelbedingten Altschulden soll geprüft werden.

Ganz anders in der Gesellschaftspolitik: hier sind echte Durchbrüche möglich. Bisher standen CDU und CSU stets auf der Bremse. Wir hatten trotzdem einiges durchgesetzt. Zuletzt hakte es aber bei Themen wie der Reform des Transsexualengesetzes oder dem Abstammungsrecht für lesbische Mütter. Das kann sich jetzt ändern. Einen Durchbruch kann die Ampel auch für unser Demokratieförderungsgesetz bringen. Außerdem: Wer gut integriert ist und den eigenen Lebensunterhalt selbst sichert, soll mehr Chancen bekommen, zu bleiben. Nicht zuletzt gab es die Einigung, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken – wie in unserem Zukunftsprogramm vorgeschlagen. Wir wollen zudem einen neuen Anlauf starten, um Kinderrechte ins Grundgesetz zu bringen.

In der Klimapolitik räumen wir die Steine aus dem Weg, die bisher den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energie aufhalten: Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden. Zwei Prozent der Landesflächen sollen für die Windkraft ausgewiesen werden, und auf allen gewerblichen Neubauten sollen Solaranlagen entstehen. Das alles ist wichtig, denn der Umstieg auf die erneuerbare Energie ist die Grundlage für ein klimaneutrales Land – und für einen früheren Kohleausstieg. Es soll zudem ein neues Klimaschutz-Sofortprogramm mit Investitionen geben, das auf den bisherigen aufbaut.

Eine Ampel kann Mehrheiten für Anliegen bringen, die bisher am Widerstand der Union gescheitert sind und einen starken Fokus auf eine moderne Gesellschaftspolitik und Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung, Bildung, Aufstiegschancen und Klimaschutz setzen – als Fortschrittskoalition. Eine starke SPD kann dabei sicherstellen, dass es bei all dem sozial zugeht. Dafür steht nicht zuletzt ein sozialdemokratischer Bundeskanzler: Olaf Scholz!



60 JAHRE DEUTSCH-TÜRKISCHES ANWERBEABKOMMEN

Fotograf: Lennart Preiss

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

60 Jahre ist es nun her, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei am 30.10.1961 ihr Anwerbeabkommen geschlossen haben. Durch dieses Abkommen sind zwischen 1961 und 1973 knapp 900.000 türkische Gastarbeiter*innen nach Deutschland gekommen. Das Jubiläum ist ein guter Zeitpunkt, um Revue passieren zu lassen, welche Bedeutung dieser Pakt damals hatte und auch heute noch hat. Schließlich hat das Abkommen auch mein Leben für immer verändert und geprägt.

Doch zunächst stellt sich die Frage: Warum gab es das Anwerbeabkommen überhaupt und worum ging es? Um das Wirtschaftswunder aufrechtzuerhalten, brauchte die deutsche Industrie Anfang der 1960er Jahre dringend zusätzliche und neue Arbeitskräfte. Weil in Deutschland damals aber bereits nahezu Vollbeschäftigung bestand, stellte sich die Frage: Woher sollen eigentlich zusätzliche Arbeitskräfte kommen?

Gleichzeitig herrschte für die Bevölkerung in der Türkei eine ganz andere Situation: Die Türkei war geprägt von Finanz- und Wirtschaftskrisen mit der Folge hoher Arbeitslosigkeit, schlecht bezahlten Jobs und schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Branchen und in weiten Teilen des Landes.

Deshalb haben beide Länder 1961 das Anwerbeabkommen beschlossen. Deutsch-

land wollte dadurch den Mangel an Arbeitskräften in den Griff bekommen, die Türkei etwas gegen die hohe Arbeitslosigkeit unternehmen und durch die spätere Rückkehr von Gastarbeitern mit ihren erworbenen Fachkenntnissen modernisiert werden. Die Türkei erhoffte sich durch dieses Abkommen eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung ihres Landes.

Doch hinter diesen großen politischen Entscheidungen stecken immer die ganz persönlichen Geschichten von Menschen. Mein Vater wollte uns ein besseres Leben ermöglichen und ging kurz nach meiner Geburt nach Deutschland um auf dem Bau zu arbeiten. Als er uns im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland holte, war ich 8 Jahre alt. Bis dahin kannte ich meinen Vater nur von seinen Besuchen einmal im Jahr im Winter, wenn die Arbeit auf dem Bau stillstand. Deutschland war für uns eine komplett andere Welt, weil wir bis dahin nur unser Dorf kannten.

Wir hatten hier keine Integrationsmöglichkeiten, weil man damals davon ausging, dass wir nur wenige Jahre in Deutschland bleiben werden. Davon sind auch wir ausgegangen. Deshalb blieben wir in den ersten Jahren, auch bedingt durch die fehlenden Integrationsmöglichkeiten, eher in der türkischen Community unter uns und hatten wenig Kontakte zu Deutschen. In den 1980er Jahren stieg zudem die Arbeitslosenquote hierzulande auf über 9% und brachte damit für uns große Probleme mit

sich. Da war die Rede von den „Ausländern“, die den Deutschen die Arbeit wegnehmen. Unser Alltag war damals leider von Rassismus und Diskriminierung geprägt.

Ob durch Ausgrenzung in der Schule oder rassistische Äußerungen auf der Straße. Viele Menschen gaben uns das Gefühl, dass wir hier fremd und unerwünscht sind. Viel zu spät hat Deutschland erkannt, dass wir längst nicht mehr die Gastarbeiter*innen, die bald dieses Land verlassen werden, sondern hier zu Hause sind.

Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass dieses Abkommen eine Erfolgsgeschichte ist. Es hat Menschen zueinander gebracht. Menschen, die sich vorher fremd waren, sind Nachbarn, Familien, Freunde geworden. Mittlerweile leben die Enkel und sogar Urenkel der damaligen Gastarbeiter*innen hier in dritter und vierter Generation und bereichern Deutschland auf jede erdenkliche Weise. Anders als damals sind sie nicht mehr nur als Gastarbeiter*innen in Fabriken oder im Bergbau tätig. Heute gestalten sie unser Land mit, z.B. als IngenieurInnen, ÄrztInnen, LehrerInnen oder wie Ugur Sahin und Özlem Türeci als Entwickler des überlebenswichtigen Corona-Impfstoffes. Das ist ein echter Fortschritt zu mehr Vielfalt in unserem Land und zeigt, dass sich Integrationspolitik lohnt.

Ich freue mich, dass es dieses Abkommen gab und was wir in Deutschland bis heute daraus gemacht haben.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Nun sind schon einige Monate vergangen, nachdem die verheerenden Flutkatastrophen Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern getroffen haben. Das riesige Ausmaß der Katastrophen, die hohe Zahl an Toten und Verletzten und die dadurch verursachte Überlastung von Behörden und Hilfsorganisationen hat bei Vielen berechtigte Fragen aufgeworfen, wie gut der Staat noch auf derartige Ereignisse vorbereitet ist. So wird die Flutkatastrophe auch im Bayerischen Landtag politisch aufgearbeitet. Die SPD-Landtagsfraktion begleitet dies von Beginn an sehr konstruktiv und behält dabei insbesondere die vielfältigen Aspekte des Katastrophenschutzes, sowie der Katastrophenabwehr im Auge.

Schon vor den schrecklichen Fluten im Frühsommer dieses Jahres hat die SPD einen wirksamen Hochwasserschutz mittels Flutpoldern an mehreren Stellen in Bayern gefordert. Die Staatsregierung hat hier jedoch lange auf Zeit gespielt und wichtige Gutachten zurückgehalten. Erst auf Druck der SPD-Landtagsfraktion wurden die Gutachten veröffentlicht, die eine klare Wirksamkeit von Flutpoldern im Hochwasserschutz aufzeigen. Die SPD fordert, dass die Ergebnisse der Gutachten umgesetzt werden und möglichst zeitnah an allen nötigen Stellen Flutpolder eingerichtet werden.

Anfragen der SPD haben zudem aufgezeigt, dass die Warninfrastruktur in Bayern immer noch nicht ausreichend ausgebaut ist. Die Staatsregierung hat angekündigt die Anzahl der Sirenen in Bayern weiter zu erhöhen. Damit darf aber noch nicht genug sein. Seit der Flutkatastrophe stehe ich im Austausch mit einem Interessensverband für Hörgeschädigte. Gerade diese Personen können nicht durch die herkömmlichen, meist akustischen, Warnmethoden erreicht werden. Auch hier muss die Staatsregierung Wege finden eine frühzeitige Warnung der gesamten Bevölkerung zu gewährleisten.

Eine schriftliche Anfrage von mir an die Bayerische Staatsregierung zu Einsätzen bei Extremwetterereignissen zeigt, dass die Staatsregierung aufgrund des Klimawandels einen erheblichen Anstieg von Extremwetterereignissen erwartet. Es müssen folglich in den nächsten Jahren nicht nur Maßnahmen zur Verhinderung des weiteren Klimawandels, sondern auch Maßnahme zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels, wie zum Beispiel Flutpolder, ergriffen werden. Für Feuerwehrleute, Polizist*innen und Helfer*innen der weiteren Hilfsorganisationen stellen Einsätze bei Waldbränden,



SPD-LANDTAGSFRAKTION AKTIV BEI DER AUFARBEITUNG DER FLUTKATASTROPHE

Fluten, Stürmen und übermäßigen Schneefällen eine enorme Belastung dar. Für sie ist Unterstützung durch bessere Technik, moderne Schutzkleidung, eine angepasste Ausbildung und zusätzliche Gesundheitsfürsorge notwendig. Zur Bewältigung großer Einsätze braucht es auch mehr Personal. Mit einem Antragspaket zur Feuerwehr in Bayern fordern wir die Staatsregierung zu mehr Unterstützung auf (siehe Bericht in der Mai-Ausgabe des springenden Punktes).

Des Weiteren wurde auf Anregung der SPD-Landtagsfraktion die Fertigstellung von Sturzflut-Gefahrenkarten für ganz Bayern vorangetrieben. Wichtig ist aber auch, dass mehr Personal in den Wasserwirtschaftsämtern, die unter anderem für den Hochwasserschutz zuständig sind, eingesetzt wird. Nicht zuletzt muss die Finanzierung des Katastrophenschutzes auf festem Boden stehen. Eine weitere schriftliche Anfrage von mir bezüglich der Finanzierung des Katastrophenschutzes hat ergeben, dass die

Rücklagen im staatlichen Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes in den letzten 5 Jahren um fast drei Millionen Euro von 6,2 Millionen auf 3,4 Millionen Euro geschrumpft sind. Die Staatsregierung darf nicht zulassen, dass unsere gute Sicherheitsinfrastruktur durch Unterfinanzierung in Gefahr gebracht wird.

Wir als SPD-Landtagsfraktion werden auch zukünftig die Aufarbeitung der Flutkatastrophe konstruktiv im Landtag begleiten. Die Gefahr, die von zukünftigen Extremwetterereignissen ausgeht, ist real, kann aber durch wirkungsvolle Maßnahmen verringert werden. Wichtig ist, dass bei allen Konzepten die gesamte Bevölkerung mitgedacht und nicht anhand der Höhe der finanziellen Belastung entschieden wird. Die vergangenen Ereignisse kann man leider nicht rückgängig machen. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich aber dafür ein, dass die Erkenntnisse aus diesen ernst genommen und für effektive Sicherheitsstrategien eingesetzt werden.



BERICHT ZUR LANDESKONFERENZ DER JUSOS BAYERN

von LEON HELMREICH

Das erste Mal seit Beginn der Pandemie haben sich die Jusos Bayern zu einer zweitägigen Landeskonzferenz, vom 16.10 – 17.10.2021, in Präsenz in München getroffen. Für viele junge Genoss*innen war das die erste Möglichkeit überhaupt an einer so großen Veranstaltung der Jusos teilzunehmen. Um eine Verbreitung des Virus zu verhindern, wurden zahlreiche Schutz- und Hygienemaßnahmen ergriffen, zum Beispiel 2G plus sowie das Tragen von medizinischen Masken.

Im Mittelpunkt des ersten Konferenztages stand, nach der Konstituierung (Wahl des Präsidiums und der MPZK), die politische Meinungsbildung zu den verschiedensten Themen. Zunächst fand eine FLINT-Vernetzung und zeitgleich dazu die Männer-Reflexion statt. Die FLINT-Vernetzung gibt allen, außer Cis-Männern, die Möglichkeit sich über ihre Arbeit im Verband auszutauschen und Kontakte zu knüpfen, währenddessen treffen sich die Cis-Männer, um über ihr Verhalten im Verband und auf der Konferenz zu reflektieren.

Im weiteren Verlauf des Tages wurden mehrere Workshops angeboten, auf die sich die

Konferenzteilnehmer*innen jeweils in kleineren Gruppen aufteilten. Workshopthemen waren unter anderem Hochschulpolitik, Queer-Feminismus, Empowerment, Mitgliedererwerb, Verbandstrukturen verbessern und die Arbeit an zwei Kampagnen. Zu Beginn des Workshops wurden die Teilnehmer*innen zu einem Thema oder Problem informiert. Danach wurden gemeinsam im Diskurs Lösungen, Ideen und Visionen erarbeitet und zu Papier gebracht.

Gemeinsam haben wir an einer Kampagne der Jusos Bayern mit dem Titel „Jung in Bayern“ gearbeitet. Mit dieser soll zu den Themen Wohnen, Bildung und Mobilität für die Positionen der Jusos in Bayern gewonnen werden. Auf der Landeskonzferenz haben wir zusammen Forderungen und Werbeideen für die Kampagne gesammelt. Die Ergebnisse werden nun durch den Landesvorstand der Jusos aufgearbeitet und bilden die Grundlage für die Kampagne im nächsten Jahr.

Zum Schluss des ersten Konferenztags wurden zahlreiche ehemalige Mitglieder des Landesvorstands, die in den letzten eineinhalb Jahren ausgeschieden sind, verabschiedet. Nach den Verabschiedungen haben sich alle Delegationen in der „Welt-

wirtschaft“ des Eine-Welt-Hauses in München getroffen, um den Tag gemeinsam ausklingen zu lassen.

Am zweiten Konferenztag standen Wahlen und die Antragsberatung auf dem Programm. Carmen Wegge ist nach Einzug in den Deutschen Bundestag als stellvertretende Landesvorsitzende zurückgetreten. Als ihr Nachfolger wurde Kilian Maier, bisher Beisitzer für Kampagnen im Landesvorstand, gewählt. Für den Bundesvorstand nominierte die Landeskonzferenz Theresia Stahl und Fabian Kors. Sie treten auf dem Bundeskongress der Jusos vom 26.11 – 28.11.2021 jeweils als stellvertretende Vorsitzende an.

Außerdem wurden zahlreiche Anträge beraten. Als beschlossene Anträge sind unter anderem zu nennen, ein Initiativantrag, der die Forderung der Jusos nach einer Ausbildungsplatzgarantie im Koalitionsvertrag bestärkt, sowie Anträge zu mehr Biodiversität in der Landwirtschaft, der Anerkennung von E-Sport als Sportart, einer Reform des Strafvollzugs und einer Anpassung der Entschädigungsregelung für Eltern aus dem Infektionsschutzgesetz. Die Konferenz wurde wie gewohnt durch das Singen der Internationalen besiegelt.



SJD- Die Falken Nürnberg bei der Kundgebung zum Klimacamp

von LINDA REINKE und ANIL ALTUN

Junge Menschen mussten in den letzten 1 ½ Jahren an vielen Stellen zurückstecken, haben sich nicht gesehen gefühlt und viele Hürden in ihrem Alltag gemeistert. Doch an aufatmen ist gerade nicht zu denken. Die schwierige Haushaltslage der Stadt zieht Kürzungen in vielen Bereichen der Jugendhilfe wie der Jugendverbandsarbeit nach sich. Im Oktober sollen junge Menschen gleich an zwei Orten ihren Aktivismus einstellen und sich aus dem Öffentlichen Raum zurückziehen.

Räumungsklage gegen das P31 – Solidarität mit dem selbstverwalteten Jugendzentrum
Schon länger ist bekannt, dass das P31 den Projekten einer Investmentfirma weichen muss. Die Suche nach einer Lösung scheint erfolglos. Die Nürnberger Mietpreise nicht vereinbar mit dem schmalen Budget eines Jugendverbandes.

Derzeit läuft das Verfahren zur Räumungsklage gegen das P31, welche die Existenz des selbstverwalteten Jugendzentrums gefährdet. Solidarität bedeutet hier Freiräume für junge Menschen zu erhalten, in denen sie sich frei von den Zwängen des Kapitalismus entfalten können und in flachen Hierarchien Verantwortung übernehmen können. Subkultur hat ihre Berechtigung im Stadtbild und dafür stehen wir an ihrer Seite, wenn sie jeden Samstag auf die Straße gehen.

Weihnachtsmarkt statt Klimacamp – nicht mit uns!

Seit mehr als einem Jahr steht das Klimacamp in direkter Nachbarschaft zum Rathaus. Eine dauerhafte Erinnerung, dass Klimaschutz auch in der Kommunalpolitik eine größere Rolle spielen muss, wenn wir eine

Chance haben wollen das 1,5 Grad Ziel einzuhalten. Nun möchte die CSU, dass das Camp dem Weihnachtsmarkt weicht. Auch hier soll der Aktivismus von jungen Menschen dem Kommerz weichen.

„Nach einem Jahr gute Miene zu unserem Protest auf dem Sebaldplatz zeigt die Stadt ihr anderes Gesicht: Dass wir uns den öffentlichen Raum nehmen, um auf das wichtigste Problem unserer Zeit aufmerksam zu machen, wird uns nun mit absurden Auflagen gedankt. Verschiedene Pavillons werden verboten, die Verpflegung wird erschwert und die Wichtigkeit unserer Botschaft wird infrage gestellt. Gleichzeitig läuft die Stadt weiter wahnsinnigen Projekten wie dem Fränkischweg nach, weshalb unsere Forderungen jeden Tag an Gewicht gewinnen.“ - Klimacamp Nürnberg

Fünf Prozent - In der Praxis viel mehr als eine kleine Zahl

Die im aktuellen Haushaltsentwurf vorgesehene Pauschkürzung von fünf Prozent sorgt für große Sorge in der Jugendhilfe. Jessica Marcus, Geschäftsführerin beim Kreisjugendwerk Nürnberg, zeigt was diese Kürzung für den Jugendtreff Freiraum in der Nürnberger Südstadt bedeutet.

„Im aktuellen Haushaltsentwurf sind Kürzungen für alle Bereiche der Jugendarbeit vorgesehen, in denen die Stadt nicht durch vertragliche Regelungen zu den vollen Zahlungen verpflichtet ist. Hintergrund ist die prekäre Haushaltslage und das seit Corona knappe Budget.“, erklärt Jessica Marcus.

Betroffen ist unter anderem das Förderkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt. Aus diesem

Förderkonzept finanziert sich auch zu großen Teilen der Jugendtreff Freiraum. Seit Jahren steigt in diesem Stadtteil der Bedarf, ein Ausbau der Angebote und der Stellen des Jugendtreffs sind daher in der aktuellen Jugendhilfeplanung festgeschrieben. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie spitzte sich die Lage im Stadtteil weiter zu. Das Team schaffte es mit zahlreichen Alternativangeboten, wie Online-Tutorials, den Kontakt zu zumindest einem Teil der Jugendlichen zu halten. Bei diesen zeichnete sich ein wachsender Hilfebedarf ab: mangelnde Unterstützung beim Homeschooling, hohe psychische Belastungen, die Konfrontation mit Verschwörungsmäthen, sowie der Wegfall sämtlicher Freiräume erforderten vermehrte pädagogische Arbeit.

Der Zuschuss durch das Förderkonzept Offene Kinder- und Jugendarbeit beträgt für unseren Jugendtreff bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten. 93 Prozent der Gesamtkosten sind bereits Fixkosten, bestehend wie Personalkosten, Miete usw. Bereits jetzt müssen die Kolleg*innen mindestens 20 Prozent ihres jährlichen Budgets selbst erwirtschaften. Eine Reduzierung der ohnehin minimal bemessenen Mittel für den offenen Spielbetrieb, würde das Team arbeitsunfähig machen. Somit bliebe bei einer Kürzung nur der Schritt, über eine Stundenreduzierung der Mitarbeitenden nachzudenken. Die Folge wäre der Wegfall von dringend benötigten Öffnungszeiten und präventiven Angeboten. Führt das zu einer Einsparung im städtischen Haushaltsbudget? Kurzfristig: selbstverständlich. Langfristig: Kinder und Jugendlichen werden vermehrt mit ihren Problemen alleine gelassen, bekommen zu wenig Unterstützung bei Jobsuche, Ausbildung oder Schule. Schief lagen innerhalb der Familien bleiben möglicherweise unentdeckt oder die Jugendlichen finden keine passende Anlaufstelle, um sich anzuvertrauen. Eine deutliche Ausweitung der repressiven Angebote wird notwendig, die in ein paar Jahren jungen Erwachsenen sind möglicherweise nicht voll einsatzfähig im Job. Langfristig ist es eine Einsparung an der falschen Stelle.

Daher bitten wir alle Stadtratsmitglieder, die vom Kämmerer vorgeschlagene Fünf-Prozent-Kürzung im sozialen Bereich, explizit im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zurückzuziehen und somit in unsere Zukunft zu investieren.

Die Jugendlichen des Jugendtreffs Freiraum erzählen in einem kurzen Videoclip, warum ihnen der Besuch des Jugendtreffs so wichtig ist und warum der Freiraum in dieser Form weiterleben muss. Das Video ist auf Facebook auf der Seite „Jugendtreff Freiraum“ und auf Instagram @jugendtreff_freiraum zu finden.“



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



HERZLICHE EINLADUNG ZUM PARTEIÖFFENTLICHEN PARTEIAUSSCHUSS

„Wie gehen wir in Zukunft mit der Kongresshalle um?“

Sonntag, 21. November 2021

13:30 Uhr Rundgang Kongresshalle, Treffpunkt:
Innenhof der Kongresshalle an der Infotafel (Bayernstraße 100, 90471 Nürnberg)

Anschließend Diskussion zum Thema im „Gutmann am Dutzendteich“
(Bayernstraße 150, 90478 Nürnberg)

TERMINE MIETERBÜRO

Im November findet kein Mieterbüro statt. Nächster Termin: 14. Dezember 2021.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / NOVEMBER 2021

03.11.2021 – 19:30 Uhr
SPD Laufamholz:
Mitgliedertreffen
Restaurant Hammerschmiede
Laufamholzstraße 300

09.11.2021 – 19:30 Uhr
SPD Fischbach:
Mitgliederversammlung
Gaststätte TSV Altenfurt (im UG),
Wohlauer Straße 16,
Nürnberg-Altenfurt

16.11.2021 – 18:30 Uhr
SPD Johannis:
Mitgliedertreffen
Endlich mal wieder nett zusammensitzen
und über die politische Lage diskutieren:
Wir treffen uns im Caffè Fatal,
Jagdstraße 16, 90419 Nürnberg!

16.11.2021 – 19:30 Uhr
OV-Langwasser:
Stadtteilversammlung mit
Referentin Elisabeth Ries

22.11.2021 – 19:00 Uhr
SPD Lichtenhof:
Mitgliederversammlung
Thema: „Den Frieden verteidigen:
Brauchen wir ein Konzept für eine Abrüs-
tungsoffensive?“ mit Gabriela Heinrich
Ort: Karl-Bröger-Zentrum